Südschleswigscher Wählerverband

Press release
Kiel, 16.02.2021

SSW-Ratsfraktion Kiel beantragt Bericht zum böllerfreien Jahreswechsel

Der Jahreswechsel 2020/2021 war geprägt durch Corona-bedingte Verbote des Abbrennens von Feuerwerkskörpern. Die SSW-Ratsfraktion fordert per Ratsantrag einen Bericht darüber an, wie sich diese Maßnahme in der Landeshauptstadt Kiel ausgewirkt hat. Dazu erklärt der Fraktionsvorsitzende Ratsherr Marcel Schmidt:

„Der vergangene Jahreswechsel war geprägt durch die Lockdown-Bestimmungen, die die fortschreitende Corona-Pandemie gebietet. Eine dieser Regelungen war eine starke Minimierung der abgebrannten Feuerwerkskörper – und damit der Zusammenkünfte im öffentlichen Raum – bedingt durch ein Verkaufsverbot und das untersagte Abbrennen auf diversen Plätzen in Kiel (Bahnhofsumfeld mit Bahnhofsplatz, Platz der Kieler Matrosen, Raiffeisenstraße und Sophienblatt von Ringstraße bis Herzog-Friedrich-Straße, die Kiellinie und seeseitig angrenzende Flächen vom Beginn an der Seeburg bis kurz hinter dem Seebad Düsternbrook, Vinetaplatz in Gaarden-Ost und Kurt-Schumacher-Platz in Mettenhof).

Mit unserem Antrag ‚Bericht über die Auswirkungen des Feuerwerksverbots über den Jahreswechsel 2020/2021' (Drs. 0110/2021) bitten wir die Verwaltung, in Zusammenarbeit mit den Ordnungsbehörden und medizinischen Einrichtungen in der Landeshauptstadt Kiel einen Bericht über den Verlauf des vergangenen Jahreswechsels anzufertigen. Dabei sollen insbesondere die gemeldeten Straftaten und Ordnungswidrigkeiten ebenso wie die Zahlen von Patient*innen in den Notaufnahmen mit Verletzungen durch Feuerwerkskörper oder Alkoholvergiftungen den entsprechenden Zahlen der letzten vier Jahreswechsel gegenübergestellt werden. Obendrein bitten wir um Auskunft, ob und auf welchen Flächen gegen die jeweils dort gültigen Feuerwerksverbote verstoßen wurde.

Der Jahreswechsel 2020/2021 kann uns Daten und Fakten liefern, die wir als eine belastbare Diskussionsgrundlage nutzen wollen. Wir werden die Ergebnisse sachlich analysieren und erwarten uns Erkenntnisse in Bezug auf die Diskussion über ein Böllerverbot auch in den nächsten Jahren. Eine schnelle Vorlage der aktuellen Silvesterbilanz ermöglicht es uns, diese Diskussion zeitlich abgesetzt von Silvester und in aller Ruhe führen zu können."